

Berner Politik

Entscheidende Abstimmungen

Magdalena Martullo*

über den Zugang
zum eigenen Haus



Bei der Begrenzungsinitiative und dem Jagdgesetz geht es um den Zugang zu unserem Haus. Kein Mensch überlässt seinen Hausschlüssel und seinen Kühlschrank frei allen, die kommen wollen. Und doch zwingen uns die Personenfreizügigkeit und der absolute internationale Wolfsschutz zur Gewährung eines freien Zugangs.

Die Personenfreizügigkeit gesteht jedem EU-Bürger das Recht zu, einzureisen und ab einem Arbeitspensum von zwölf Wochenstunden zu bleiben bei vollem Sozialhilfeanspruch. Und wer kann bei zwölf Wochenstunden ohne Sozialhilfe auskommen? Nach nur einem Tag Arbeit in der Schweiz hat der EU-Zuwanderer zudem Anspruch auf Schweizer Arbeitslosenleistung. Dass das nicht aufgehen kann, leuchtet ein. So beziehen EU-Ausländer bereits mehr aus der Arbeitslosenkasse als sie einzahlen, 60 Prozent unserer Sozialhilfeempfänger sind Ausländer. Nur 20 Prozent aller EU-Zuwanderer arbeiten tatsächlich in den so oft erwähnten «Stellen mit Fachkräftemangel», die übrigen kommen zu tieferen Löhnen und verdrängen andere in die Arbeitslosigkeit. Besonders hart davon betroffen sind Jüngere, Ältere und

Teilzeitarbeitende, welche schwierig eine Stelle finden. EU-Zuwanderer arbeiten im Durchschnitt zu einem rund zehn Prozent tieferen Lohn. Grenzgänger im Tessin verdienen 30 Prozent weniger.

Für Unternehmen sind billige Arbeitskräfte natürlich attraktiv. Im Tessin werden drei Viertel der neuen Stellen mit Grenzgängern besetzt, in Genf ist es jeder vierte Beschäftigte. Wie lange wollen wir noch zusehen, ohne wieder selber Einfluss zu nehmen? Seit der Personenfreizügigkeit sind eine Million zusätzliche Menschen in die Schweiz gekommen, auch die Grenzgänger haben sich auf 330 000 verdoppelt. Wenn es so weitergeht, werden wir in zehn Jahren eine 10-Millionen-Schweiz haben. Kein Mensch überlässt seinen Hausschlüssel der ganzen Region oder dem ganzen Land. Mit der Personenfreizügigkeit haben wir unseren Hausschlüssel aber an 450 Millionen Europäer abgegeben. Als kleines Land mit hohen Löhnen und einem guten Sozialsystem können wir die Haustüre und den Kühlschrank nicht einfach offen lassen! Bei der Personenfreizügigkeit geht es nicht um einen Marktzugang in die EU, sondern um die freizügige Selbstbedienung aller EU-Bürger an unseren Kühlschränken! Deshalb müssen wir unsere Zuwanderung wieder selber steuern. So wie wir es bei den Drittstaaten-Zuwanderern machen – und wie es alle anderen Länder auf der ganzen Welt auch handhaben.

Beim Jagdgesetz holen sich die Wölfe ungeniert Nutztiere wie Ziegen, Schafe und nun auch Kälber. Der Wolf nimmt Überhand

und vermehrt sich überproportional stark. Das erste Wolfsrudel bildete sich 2012. Heute zählt die Schweiz bereits zehn Rudel, davon sieben allein in Graubünden. Von den 80 Wölfen in der Schweiz verkehren über 50 in Graubünden. Die Wölfe reissen jedes Jahr bis zu 500 Nutztiere, wirksame Herdenschutzmassnahmen auf der Alp gibt es leider nicht. Touristenwege werden bereits gesperrt. Wenn der Wolf eine halb offene Stalltüre überspringt, drei Wölfe am helllichten Tag durchs Dorf spazieren und dabei nur fünf bis zehn Meter von einem Kind entfernt sind, ein Reh durch die Hauptstrasse geschleift wird und ein Wolf am Vormittag neben einer Skischule vorbeigeht – dann ist es Zeit, weitere Konflikte zu vermeiden. Auch mit dem neuen Jagdgesetz bleibt der Wolf geschützt und kann nur im Falle einer Gefährdung und vom Wildhüter geschossen werden. Der Unterschied zu heute ist, dass schon vor dem Schaden und direkt im Kanton gehandelt wird. Der Schutz von Wolf, Nutztier und Mensch soll gleichwertig sein.

Unsere Häuser sollen gastfreundlich und einladend sein, aber gleichzeitig auch massvoll genutzt und ohne Plünderung weiter bestehen können. Wir wollen den Zugang von Ausländern und Wölfen selber bestimmen und einfach und der Situation angepasst entscheiden können. Stimmen wir deshalb unbedingt Ja für die Begrenzungsinitiative und für das Jagdgesetz.

* Magdalena Martullo ist Bündner SVP-Nationalrätin.